



- Zu Steuern bei Pensionen und Betriebsrenten
- Tipps und Mängel beim barrierefreien Bauen
- Was ist ein Arbeitsunfall?



Foto: imago/PanoramiC

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 2. Oktober 2013

68. Jahrgang/Nr. 230 • Bundesausgabe 1,70 €, Auslandspreis 1,90 €

Bahn im Videowahn

Bundesregierung verschweigt Fakten

Berlin (nd-Heilig). Die Bahn und die Bundespolizei erweitern drastisch die Videoüberwachung auf Bahnhöfen. Auf der Basis eines Sechsjahresprogramms werden derzeit Stationen ausgewählt und nach drei intern festgelegten Sicherheitskriterien eingestuft. Für das Programm stehen 36 Millionen Euro zur Verfügung. Sie werden ergänzt durch ein 24-Millionen-Euro-Programm »Sicherheit, Sauberkeit und Service« der Bahn.

Die Bundesregierung ist nicht bereit, den Bundestag über Inhalte des Programms zu informieren. Das geht aus einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Deren Innenexperte Jan Korte hatte Informationen über die Bewertungskriterien erbeten. Eine Auskunft könne »aus Gründen des Staatswohls nicht erfolgen«, hieß es. Auch eine Einstufung der Antwort als Verschlussache komme nicht in Betracht, »weil insoweit auch ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens unter keinen Umständen hingenommen werden kann«.

Korte entgegnete, die Öffentlichkeit habe ein Recht zu erfahren, warum und wie Bürgerrechte weiter eingeeignet werden. Zumindest das Parlament müsse unterrichtet werden, wohn die 60 Millionen Euro für den massiven Ausbau der Videoüberwachungstechnik genau fließen. In der Antwort auf die Anfrage wird am Rande darauf verwiesen, dass die Bundespolizei auch »besondere Mittel zur Audiodatenerhebung« einsetzt. Dem Bundesdatenschutzbeauftragten liegen dazu »weder Fallzahlen noch besondere Erkenntnisse vor«. *Seite 7*

Da war doch was

23 Jahre nach dem Beitritt ist der Osten immer noch nicht angekommen



Berlin (nd). Einen Tag vor dem Feiertag, der den Beitritt der DDR vor nunmehr 23 Jahren würdigt, ist Gelegenheit, die Forderungen der DDR-Bürger in der Umbruchzeit mit den heutigen Zuständen zu vergleichen. Viele tun das morgen garantiert, und mit garantiert unterschiedlichen Ergebnissen. »neues deutschland« hält sich deshalb lieber streng an wissenschaftliche Kriterien. Und kommt nichtsdestotrotz auf den Satz, der manchem einstigen DDR-Bürger immer mal wieder übelläufig über die Lippen kommt: Dafür sind wir '89 nicht auf die Straße gegangen. Wenngleich noch kein Aufruf bekannt wurde, die nach der

Demonstration vom 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz abgestellten und fotografierten Transparente zu heutiger Inspiration auszugraben – längst nicht alle Defizite gegenüber dem damals verlockend wohlhabenden Westen sind behoben. Davon zeugen heutige Armutsaussichten der damals 30-jährigen, der Generation 50 plus, im Osten. So eben teilt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Böckler-Stiftung mit, dass zwar der Tariflohn im Osten auf 97 Prozent des Westlohns gestiegen ist. Aber außerhalb der Tarife grassiert das Lohndumping. 17 Prozent niedriger liegt der effektive Brutto-

verdienst im Osten daher noch immer. Grafisch auf Deutschland verteilt, lassen die Zahlen das Bild der DDR säuberlich wiedererstehen. Wir haben dies auch auf anderen, den Alltag spiegelnden Lebensfeldern ausprobiert, und siehe da: Die Spuren der DDR erkennt man im Guten wie im Schlechten immer wieder, am Anteil der Kinderbetreuungsstätten wie am Anteil der Dickleibigen. Ein Test auf die Angleichung der Lebensverhältnisse ... Der Vergleich bietet eine feine Feiertagsbeschäftigung; die nächste nd-Ausgabe erscheint dann am Freitag. *Seiten 2, 4, 7 und 16*

Foto: dpa/Michael Richter

Obama-Regierung lahmgelegt

Republikaner blockieren US-Haushalt / Zwangsurlaub für 800 000 Staatsdiener

Von Olaf Standke

Das Haushaltsjahr 2014 begann in den USA am Dienstag im Finanznotstand: Nach dem Scheitern einer nächtlichen Krisensitzung im Kongress für einen Übergangsetat hat das Weiße Haus rund 800 000 Staatsbedienstete in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt.

Erstmals seit 17 Jahren stehen US-Bürger wieder massenhaft vor verschlossenen Behörden-türen. Anträge für Renten, staatliche Krankenversicherungen oder Führerscheine werden nicht bearbeitet. Auch staatliche Museen und Nationalparks bleiben landesweit zugesperrt; öffentliche Dienstleistungen wie die Müllentsorgung kommen zum Erliegen. Tausende Familien verlieren zudem vorübergehend ihr Einkommen. Weil sich Republika-

ner und Demokraten im Kongress nicht über einen Übergangshaushalt einigen konnten, hat die Regierung den »Government Shutdown« angeordnet, fährt große Teile der Verwaltung herunter und muss rund 800 000 der 2,1 Millionen Staatsbediensteten in unbezahlten Zwangsurlaub schicken. Im Weißen Haus sind davon 1300 der 1700 Mitarbeiter betroffen. Der letzte derartige Stillstand unter Präsident Bill Clinton dauerte 21 Tage.

Ausnahmen gelten nur für Angestellte in der Grundversorgung und in Sicherheitsbereichen, z.B. Soldaten, Mitarbeiter an Grenzposten oder in Krankenhäusern. Doch obwohl Präsident Barack Obama dem Pentagon finanzielle Mittel per Gesetz garantiert hat, hält das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI etwa ei-

nen Militäreinsatz in Syrien auf absehbare Zeit kaum für realistisch. Die Kreditwürdigkeit der USA leidet vorerst nicht, doch warnt die Ratingagentur Standard & Poor's bereits vor einer Rückstufung. Zumal eine weitere umkämpfte fiskalische Entscheidung ansteht: Bis zum 17. Oktober muss sich der Kongress auf eine Erhöhung der Schuldenobergrenze von bislang 16,7 Billionen Dollar (12,4 Bill. Euro) einigen. Andernfalls droht den USA die Zahlungsunfähigkeit; sie könnten dann keine Kredite mehr aufnehmen – mit verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Der Führer der demokratischen Senatsmehrheit Harry Reid sprach gestern von einem »sehr traurigen Tag für unser Land«. Der Etatstreit eskalierte, weil die von der rechten Tea-Party-Bewegung getriebenen

Republikaner versuchen, Obamas wichtigstes innenpolitisches Projekt zu blockieren: seine Gesundheitsreform. Die Konservativen, die das Repräsentantenhaus dominieren, wollen einen Übergangshaushalt an Maßnahmen koppeln, mit denen die Umsetzung von »Obamacare« um ein Jahr verzögert werden würde. Seit Dienstag können die Bürger in speziellen Internetbörsen die Preise von Krankenversicherungen vergleichen, ab dem 1. Januar 2014 wird der Abschluss einer Police Pflicht.

Der Präsident warf den Konservativen jetzt »Erpressung« vor. Und ein Kompromiss ist vorerst nicht abzusehen. »Wir werden nicht in den Vermittlungsausschuss gehen, wenn eine Waffe an unseren Kopf gesetzt wird«, betonte Reid. *Seiten 4 und 5*

Kolumne

Ostdeutsche Erfahrung

Von Tom Strohschneider

23 Jahre nach der Vereinigung verspricht das Regierungsprogramm der CDU, man werde »den Herausforderungen der neuen Länder auch in den kommenden Jahren einen besonderen Stellenwert in unserer Politik« geben.

Auch in den kommenden Jahren? Man muss Wahlversprechen wie dieses als Drohung auffassen. Seit über zwei Jahrzehnten wird die Politik nicht müde zu behaupten, bald werde es im Osten gleiche Lebensverhältnisse geben. Und seit zwei Jahrzehnten hat sich die Kluft zwischen Ost und West in wichtigen Belangen nicht verkleinert. An manchen Stellen ist der Graben sogar wieder größer geworden.

Nun gibt es dafür Gründe, die mit Polemik über die Politik von Bundesregierungen allein nicht aus der Welt zu schaffen sind. Auch ist es richtig, dass ein beträchtlicher Teil der noch in der DDR Geborenen inzwischen länger im Nachwende-Deutschland lebt und nicht mehr in den Kategorien der Vorwendezeit denkt, dass ostdeutsche Städte saniert wurden und es auch im Westen immer mehr Regionen gibt, in denen die Menschen mit einem Strukturwandel zurecht kommen müssen.

Doch es gibt eben auch spezielle Probleme im Osten, manche sind Folgen des Realsozialismus, andere der Wendepolitik. Die größere Armutsgefährdung, die niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen, die höheren Erwerbslosenquoten sind unübersehbar; Diskriminierungen wie der niedrigere Rentenwert und ein Dauerverdacht gegenüber Biografien dauern an. Auf den Chefesseln sind Ostdeutsche nicht



Tom Strohschneider
ist Chefredakteur von »neues deutschland«.

nd-Foto: Camay Sungu

einmal im Osten in einer Zahl zu finden, die ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht.

Mitunter hört man, dies sei doch inzwischen zur eingetübten Jammerei geworden; die Menschen hätten heute ohnehin andere Bezugspunkte. Oberlausitz statt Ostdeutschland? So falsch es bleibt, wenn aus Verärgerung über Zurücksetzung im Osten der Westen zum bösen Gegenkollektiv verzerrt wird, so richtig bleibt es, darauf zu pochen, dass ein verfassungspolitischer Anspruch erfüllt wird: gleiche Lebensverhältnisse.

Dazu braucht es keine falsche Nostalgie. Sondern den Sinn für eine Solidarität, die keine alten und neuen Grenzen kennt. Nicht um ein Zurück in die Vergangenheit geht es, sondern um eine bessere Zukunft. Und dabei hilft Erfahrung: Unter Ostdeutschen ist aufgehoben, wie eine große Möglichkeit radikaler Veränderung unter die Räder politischer Rationalität und angeblicher Alternativlosigkeit geriet: Als in jenem Oktober 1990 nicht einmal die bescheidene Utopie eines anderen, von Menschen selbst gestalteten Landes Wirklichkeit wurde, sondern sich bloß eine Bundesrepublik in Richtung Osten auswuchs, die ihre besseren Jahre schon hinter sich hatte.

Zur Erfahrung seither gehört aber auch, dass der Osten – bei allen Problemen – stets ein Labor für Neues und Ort des Eigensinns gewesen ist, dass sich Menschen in Bewegung gesetzt haben, dass sie versuchten, alternative Wege zu gehen. Und sie waren keineswegs alle schon immer aus dem Osten.

Daraus ließe sich ein bisschen mehr von einem linken, lustvollen Selbstbewusstsein ziehen, das nicht in biografischen oder regionalen Rastern stecken bleibt, das aber Besonderheit und Geschichte ebenso wenig verleugnet. Vor allem in Zeiten, in denen schon wieder eine Bundesregierung droht, »den Herausforderungen der neuen Länder auch in den kommenden Jahren einen besonderen Stellenwert einzuräumen.«

Unten links

Christian Lindner – wer war das noch gleich? Ach ja, irgendwas mit FDP. Angeblich ist der Mann die neue Nummer eins bei den Liberalen, was so ähnlich bedeutsam ist wie die Nummer eins bei der Partei der Violettten. Eigentlich könnte Lindner auch direkt dort eintreten, zum Erfahrungsaustausch. Mit einem violetten Auge wäre er sicher liebend gern bei der Bundestagswahl davongekommen. Ohnehin will Lindner derzeit lieber nicht erkannt werden. Wie jetzt bekannt wurde, hat er sich einer Haartransplantation unterzogen. Wenn er demnächst Vorsitzender wird, steht er für eine Erneuerung an Haupt statt Gliedern. Die Liberalen bringen es fertig und schaffen auch Rainer Brüderle wieder herbei, wenn er beim Friseur war. Wer das was? Der Kandidat, der jeden Satz fast so schnell verschluckte wie einen guten Badischen Halben. Zur Haartransplantation wird der womöglich beim Zahnarzt aufkreuzen. Und eine Perücke verlangen, die er abends rausnehmen kann. *uka*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375

